Landtag
Nordrhein-Westfalen
15. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 15/55
04.11.2010

Haupt- und Medienausschuss

3. Sitzung (öffentlich)

4. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 11:00 Uhr

Vorsitz: Wolfram Kuschke (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) **3**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

– Beratung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Der Haupt- und Medienausschuss gibt lediglich zu Einzelplan 01 – Landtag – ein Votum ab und empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP, Einzelplan 01 – Landtag – im Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/200 anzunehmen. *(Die Fraktion Die Linke hat sich an der Abstimmung über dieses Votum nicht beteiligt.)*

2 Gehen die Kosten des künftig hochdotierten Behindertenbeauftragten zu Lasten behinderter Bürger in NRW? 7

Vorlage 15/145

– Bericht der Landesregierung

Dem Bericht des Chefs der Staatskanzlei, StS Franz-Josef Lersch-Mense, schließt sich eine kontroverse Diskussion an.

3 Reform der Rundfunkgebührenerhebung im Lichte der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder 15

In Verbindung mit:

Neuordnung der Rundfunkfinanzierung darf nicht zur Mehrbelastung und Ausforschung der Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen führen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/219

– Bericht der Landesregierung

Dem Bericht von StS Marc Jan Eumann (Staatskanzlei) folgt eine Diskussion. Der Ausschuss will in einer seiner nächsten Sitzungen mit Vertretern des LDI und der GEZ über die weitere Umsetzung des Verfahrens sprechen.

4 Zukunftsperspektiven des Lotteriemonopols im Lichte der Jahreskonferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder 23

Vorlage 15/109

– Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss kommt aus Zeitgründen überein, diesen Punkt auf die Sitzung am 25. November 2010 zu schieben.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Wolfram Kuschke kündigt unter Hinweis auf die für 11 Uhr angesetzte öffentliche Anhörung von Sachverständigen zur Änderung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages einen zeitlich straffen Sitzungsablauf an.

1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/200

– Beratung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Vorsitzender Wolfram Kuschke erklärt einleitend, in den Zuständigkeitsbereich des Haupt- und Medienausschusses fielen Einzelplan 01 – Landtag –, Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin – und Einzelplan 15 Kapitel 15 081 – Landeszentrale für politische Bildung. Die inhaltliche Erörterung finde traditionell in diesem Ausschuss statt, die Abstimmung sollte wie bislang in dem für Einzelplan 15 zuständigen Fachausschuss durchgeführt werden. Das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 sehe keine Anmeldung für Einzelplan 02 und die Landeszentrale für politische Bildung vor.

Einzelplan 01 – Landtag –

Der **Direktor beim Landtag, Peter Jeromin,** trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Entwurf liegt Ihnen vor. Sie finden dort nur Veränderungspositionen, die bedingt sind durch die Landtagswahl. Auf drei Blöcke möchte ich kurz eingehen.

<u>Fraktionsmittel</u>

Da eine fünfte Fraktion hinzugekommen ist, war es nötig, an dieser Stelle einen weiteren Betrag auszuweisen, und zwar 625.000 €. Diese Maßnahme führt allerdings nicht zu einer Ausweitung des Haushaltes, denn es kann die Einsparreserve aus der geringeren Zahl der Abgeordneten genutzt und diese Position insoweit abgesenkt werden.

<u>Sachhaushalt</u>

Dort haben wir Mehrausgaben durch die Landtagswahl gehabt. Nach der Wahl ist die Beschaffung beispielsweise zusätzlicher Möbel nötig gewesen. Computer

mussten angeschafft werden. Im Haus ist viel umgezogen worden. Ganze Malerkolonnen waren unterwegs. Allein die wegen des neuen Zuschnitts der Fraktionen notwendige Umgestaltung des Plenarsaales hat einmalig Kosten von 120.000 € verursacht.

Wir haben nach der Wahl – eben aufgrund der Bildung einer weiteren Fraktion und der veränderten Größenordnungen – insgesamt mehrere Hunderttausend Euro ausgeben müssen. Dabei haben wir nur 345.000 €, also genau den Betrag, den wir ermittelt hatten, eingestellt. Die übrigen Kosten haben wir durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert.

Personalhaushalt

Aufgrund des neuen Parlamentszuschnitts wurden drei zusätzliche Stellen erforderlich, die ausgewiesen sind mit einem anteiligen Budget für die Monate, an denen diese Stellen auch tatsächlich besetzt sind.

Die Arbeitsbelastung – ich will nicht klagen – hat nach der Landtagswahl natürlich deutlich zugenommen. Wir haben uns bei der Ausweisung dieser drei Stellen auf die Bereiche beschränkt, bei denen unabdingbare Mehrarbeit nachgewiesen wurde. Zwei Stellen haben wir in der Infrastruktur geschaffen, nämlich Fahrer und Sekretärin für eine Vizepräsidentin, sowie eine Stelle im Referat „Parlamentsrecht“.

Wir haben selbstverständlich geprüft, ob diese Aufgaben nicht durch die Inanspruchnahme von Stammpersonal erledigt werden können. Aber nach dem Stellenabbau der letzten Jahre von ursprünglich 335 auf jetzt 272 – wir haben in den letzten Jahren also 63 Vollzeitstellen abgebaut – ist es nicht mehr möglich, neue Aufgaben mit dem bisherigen Personal zu bewältigen.

So weit zu den drei Bereichen.

Ich will noch kurz etwas zur Gesamtsituation des Haushaltes sagen.

Die Bewirtschaftung in diesem Jahr hat gezeigt, dass wir inzwischen sowohl im Personal-, aber ganz besonders auch im Sachhaushalt ein strukturelles Defizit haben – ausgelöst durch mehrere Einsparrunden in den letzten Jahren. Wir haben Synergien gesucht und genutzt. Das war auch positiv, da sind Einsparpotenziale ausgeschöpft worden. Aber größere Einsparreserven – das sage ich deutlich – sind nicht mehr vorhanden. Alles wirtschaftlich vertretbare Outsourcing ist vorgenommen worden. Ich verweise auf die Reinigungsdienste; im Empfangsbereich – Pforte – haben wir nur noch eine Kernmannschaft.

Wir sind jetzt an einem Punkt – wir sehen das deutlich im IT-Bereich –, wo das Übertragen von Aufgaben an Firmen deutlich teurer ist: Wir zahlen dafür das Doppelte von dem, was wir bei Aufgabenerledigung durch das Stammpersonal ausgeben würden. Alle Mehrarbeiten müssen wir nach draußen vergeben. Das drückt auf den Sachhaushalt. Die dort vorhandenen Reserven haben wir in den letzten Jahren abgeschmolzen. Die sind jetzt alle weg. Das bedeutet – das sage ich deutlich –: Entweder gibt es im nächsten Jahr eine Erhöhung für den Sachhaushalt – es geht nicht um Personal – oder wir müssen deutlich an Dienstleistungen einspa-

ren. Beides geht nicht: Haushalt nicht erhöhen und weiter die gleichen Dienstleistungen verlangen.

Gestatten Sie, dass ich vom Nachtragshaushalt etwas abgewichen bin und schon einen Ausblick auf den Haushalt 2011 gegeben habe. Die Schwierigkeiten drücken sich natürlich auch schon im Nachtrag zum Haushalt 2010 aus.

Vorsitzender Wolfram Kuschke dankt Herrn Direktor Jeromin für die deutlichen Worte.

Sie wolle an dieser Stelle ihrer Freude Ausdruck verleihen, betont **Carina Gödecke (SPD),** dass die Folgen der Landtagswahl im Hause und die damit verbundenen Aufgaben nunmehr auch finanziell im Nachtragshaushalt abgebildet würden, dass es nicht indirekt zu weiteren Kürzungen und Einsparungen gekommen sei und dass die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen zumindest auf dem bisherigen Level erhalten bleibe.

Auch wenn dies im Nachtragshauhalt noch keine unmittelbare Rolle spiele, sei ausdrücklich an den von der SPD-Fraktion in den letzten fünf Jahren immer wieder vorgebrachten Hinweis erinnert – von Herrn Direktor soeben auf den Punkt gebracht –, dass man zwar eine ganze Weile Synergien suchen, finden und nutzen könne, dass man eine ganze Weile versuchen könne, über das Outsourcen von Aufgaben schwierige Situationen zu bewältigen, dass man dabei aber auch immer wieder sowohl an materielle als auch an qualitative Grenzen stoße. Die unterste Grenze sei nun erreicht. Es gelte daher, sehr kritisch auf die letzten fünf Jahre zu schauen und sodann neue Wege zu gehen.

Dass man sich, wie der Direktor soeben ausgeführt habe, auch im Bereich des Einzelplans 01 in einem strukturellen Defizit bewege, sei keine neue Erkenntnis. Der zu begrüßende Nachtragshaushalt könne daher nur als ein erster Schritt einer kritischen Weiterentwicklung und Überprüfung verstanden werden, die im Haushalt 2011 ihren Fortgang finden müsse. Der Haupt- und Medienausschuss sollte möglichst gemeinsam Veränderungen abwägen und vereinbaren, um zu verhindern, dass sich die finanzielle Situation ab einem bestimmten Zeitpunkt negativ auf die für die Aufrechterhaltung des Parlamentarismus, für die Funktionsfähigkeit der Fraktionen und damit für den Staatsaufbau notwendigen Dienstleistungen auswirke. Die Landtagsverwaltung lasse sich nicht mit anderen Verwaltungen vergleichen. Alle von ihr erbrachten Dienstleistungen kämen den Abgeordneten, also dem Landesgesetzgeber, und damit indirekt und mittelbar auch den Bürgerinnen und Bürgern zugute.

(Es gab keine Wortmeldungen zu Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin.)

Einzelplan 15 Kapitel 15 081 – Landeszentrale für politische Bildung –

Carina Gödecke (SPD) regt an, sich insbesondere nach der erfolgten Neuaufstellung der Landesregierung jenseits von Haushaltsfragen ausführlich mit der Landes-

zentrale für politische Bildung, ihrem Aufgabenkanon und der Notwendigkeit zu befassen, sie in das Handeln des Landesgesetzgebers einzubinden.

Vorsitzender Wolfram Kuschke nimmt diese Anregung auf und schlägt seinerseits vor, dieses Thema bereits in der HMA-Sitzung am 25. November 2010 zu behandeln.

> Der Haupt- und Medienausschuss gibt lediglich zu Einzelplan 01 – Landtag – ein Votum ab und empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP, Einzelplan 01 – Landtag – im Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/200 anzunehmen. *(Die Fraktion Die Linke hat sich an der Abstimmung über dieses Votum nicht beteiligt.)*